



Der ständige Kampf gegen Arme

Die letzte Dekade ist geprägt von ständigen Angriffen auf die Menschenrechte und der Schaffung von mehr Armut und Prekarität. Die Deregulierung des Wohnungsmarktes unter Kohl, die Agenda 2010 bis hin zu den aktuellen Verhandlungen das Streikrecht einzuschränken sowie TTIP und Co. - das alles folgt demselben Muster: Die Rechte der Arbeitenden und (nicht-)BürgerInnen werden eingeschränkt, Sozialleistungen werden gekürzt und marktförmig organisiert. Ausgrenzungen werden geschaffen. Die Lohnquote (der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen) fällt seit den 1980er stetig.

Die Freiheit des Kapitals steht an erster Stelle, die Freiheit der Menschen sich z.B. in Europa zu bewegen und niederzulassen wird immer wieder eingeschränkt. Von den Europäischen Außengrenzen und dem Massengrab Mittelmeer ganz zu schweigen.

So verweigerte Deutschland 7 Jahre lang, nach der EU-Osterweiterung, die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit. Als sie diese Anfang des Jahres nicht mehr blockieren konnten, startete eine sozialchauvinistische Kampagne gegen den sog. „Sozialtourismus“. Dieser ist zwar widerlegt, aber Stimmung wird weiter gemacht. So plant die Bundesregierung Zuwanderern aus EU-Staaten den Zugang zu Sozialleistungen und den Aufenthalt in Deutschland weiter zu erschweren, wenn sie erwerbslos sind.

„In der Selbstwahrnehmung der Vermögenden strozen deren Biografien vor Effizienz, Nützlichkeit und Verwertbarkeit. Dazu kommen durch ihre Sozialisierung – etwa durch Abschottung, ihre Wohnlage – bestimmte Habitusmuster. Dazu gehört Gleichgültigkeit gegenüber Obdachlosen. Es gibt eine elitäre Parallelgesellschaft, in der ein eisiger Jargon der Verachtung herrscht und kaum Interesse an gesellschaftlichen Integrationsproblemen. Es gibt also keine Auseinandersetzung mit dem, was in unserer Gesellschaft geschieht. Es geht den Reichen bei ihrer Abschottung um die Sicherung ihres Status. Insofern gibt es sozusagen einen Klassenkampf von oben.“ so der Sozialwissenschaftler und Herausgeber der „Deutschen Zustände“ zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Wilhelm Heitmeyer.

Die Politik ist eine die, wie die Wohnungspolitik, auf den Mittelstand und die Oberschicht ausgerichtet ist. Selbst die „Immowelt“ titelt im August: *„Sozialer Wohnungsbau ade - Staat fördert Wohneigentum für Mittelschicht“*.

„RECHT-AUF-STADT“-NETZWERK-TREFFEN

Jeden 2. Freitag im Monat um 20 Uhr.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Die Folgen dieser gesellschaftlichen Verhältnisse sind heute zu spüren, wenn es an bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung fehlt. Genauso fehlt es an einer Kultur, in der sich Menschen bessere Lebensverhältnisse erkämpfen. Bei jedem kleinen Streik, wie aktuell bei dem der GDL, bricht medial Empörung aus, sich doch bitte zu mäßigen. Also geübt „sich den Gürtel enger schnallen“, bis du keine Luft mehr bekommst!

Da erfreut es, wenn wie in Berlin, Menschen unter dem Motto: *„United Neighbours - Bleiberecht und Wohnraum für alle!“* auf die Straße gehen oder wenn Pro Asyl sich für einen breiten sozialen Wohnungsbau einsetzt. So solidarisierten sich Menschen und machen zwei, leider immer zu oft getrennte, Kämpfe gemeinsam stark.

Die seit Jahren stattfindenden solidarischen Besetzungen in Spanien zeigen, wie es möglich ist, durch Zusammenhalt für eine Stadt der Menschlichkeit und Solidarität jenseits von Rassismus und Kapitalismus zu kämpfen.

KOMMENTAR: Konzeptlose Flüchtlingspolitik?

Wer aktuell der Politik Konzeptlosigkeit bei der Flüchtlingspolitik unterstellt, ist einE sehr sehr wohlwollendeR KritikerIn. Denn das Konzept ist Abschreckung, bewusstes Behördenversagen, organisierte Verantwortungslosigkeit und Abschiebungen. Das grün-rote Baden-Württemberg geht genau diesen Weg. So machte Kretschmann den Weg frei für den sog. „Asylkompromiss“, bei dem es um die kompromisslosen Kampf gegen benachteiligte Gruppen geht. In der Unterbringungspolitik für Flüchtlinge geht das Land den Weg der Lager, jene Einrichtung die der Abschreckung und schnelleren Abschiebung dienen. Konzepte wie in anderen Bundesländern, in denen Geflüchtete bis zu 90% dezentral in Wohnungen unterkommen, kommen in den Überlegungen nicht vor. Dezentrale Unterbringung heißt hier: ausgelagert. So entstehen LEAs (wie auch in Freiburg) statt Geld für einen sozialen Wohnungsbau in die Hand zu nehmen.

TERMINE:

- 03.11. 20 Uhr | LEA alternativlos? Mit BISS für ein menschenwürdiges Wohnen mit Flüchtlingen. | E-Werk (Eschholzstr. 77)

- 14.11. | Recht auf Stadt – Netzwerktreffen | Syndikats-Büro (Adlerstr. 12)

- 27.11. 20 Uhr | „Salzburger Modell“ - Bezahlbarer Wohnraum durch Fond bei dem sämtliche Mieteinnahmen zur Förderung des bezahlbaren Wohnraums eingesetzt werden | Glashaus Riselfeld



[FR] LOHNKLAU BEI ERRICHTUNG VON LUXUSWOHNHEIM

Etwa 20 polnische Handwerker, die auf der Baustelle des privaten Studierendenwohnheims Campo Novo auf dem Güterbahnhofsareal für den Einbau von Sanitär-, Heizungs- und Klimaanlage zuständig waren, wurden um insgesamt etwa 40.000 Euro betrogen. Sie waren bei einem Subunternehmer der Klum GmbH, der in Freiburg ansässigen Mariusz Piotr Prucnal e.K. angestellt. Für zwei Monate Arbeit erhielt ein Vorarbeiter z.B. nur 70 Euro. 14 Arbeiter werden nun von der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft FAU bei ihren Lohnklagen unterstützt. Das private Wohnheim ist seit dem 1. Oktober komplett vermietet.

[FR] MIETSPIEGEL STEIGT UM 2,9 PROZENT

Die gewohnheitsmäßige Fortschreibung des Mietspiegels durch den Gemeinderat sorgt dafür, dass der Erhöhungsspiegel im Jahr 2015 eine 2,9% steigende Basismiete ausschreibt. Mit ihren Mieterhöhungen um 15 Prozent, über die wir berichteten, bleibt die Stadtbau der Mietspiegeltreiber schlechthin. Um den Gemeinderat dazu zu bringen den Grundsatzbeschluss zu kippen, wonach die FSB Mieten an die Marktmieten herangeführt werden sollen, um sich z.B. zu verpflichten, zukünftig 25% unter dem Mietspiegel zu bleiben, bräuchte es wohl massiven außerparlamentarischen Druck.

GRAN CANARIA: ANARCHISTISCHE HAUSBESETZUNGEN GEHEN WEITER

In Gran Canaria hat die Anarchistische Föderation (FAGC) mittlerweile 65 vorher leerstehende Wohnungen für insgesamt 207 BewohnerInnen, darunter 103 Minderjährige, zu Verfügung gestellt. Die Anarchistische Föderation erklärt auf ihrer Homepage zur Aktion, diese sei "das größte Projekt von Enteignung und Sozialisierung, an dem die FAGC je mitgewirkt hat, das vielleicht wichtigste, was wir in unserem Leben als Aktivisten machen."

[FR] SAND IM GETRIEBE WAGEN FREI, ABER NICHT BEWOHNBAR

Nach zahlreichen Demos in Freiburg und Soliaktionen in anderen Städten konnte die Wagengruppe Sand im Getriebe ihre Fahrzeuge kurz vor der drohenden Einziehung durch die Stadt mit der Gefahr der Verschrottung auslösen. Dafür wurden aber etwa 33.000 Euro fällig. Vorher hatten sie private Stellplätze mit Mietverträgen nachgewiesen. Eine Wohnnutzung ist aber eher nicht möglich, da sich die Stadtverwaltung weiterhin stur stellt und keine weiteren Flächen für experimentelles Wohnen ausschreiben möchte. Die Stadt präferiert einen Standort, der mit 400m² zu klein für die etwa 20 Wagen der Gruppe sein dürfte,

in direkter Nachbarschaft des bestehenden Schattenparker-Wagenplatzes. Alle auf einen Haufen statt vernünftige Übergangslösungen auf vorhandenen Brachen.

[FR] WIEDER CONTAINER STATT WOHNUNGEN FÜR FLÜCHTLINGE

Kurz nach der Entscheidung, an der Bésanconallee Container zur Flüchtlingsunterbringung aufzustellen, wurde schon der nächste Standort gefunden. Diesmal sollen am Bahnhof Littenweiler 45 Flüchtlinge untergebracht werden. Und wieder heißt es: Container statt menschenwürdige Wohnungen.

BADEN-WÜRTTEMBERG SCHLUSS-LICHT BEI DER MENSCHEN-WÜRDIGEN UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN

Das Ländle weist bei der Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen von allen 16 Bundesländern mit 33,5% die niedrigste Quote auf. Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz haben Wohnungsquoten von über 90 Prozent. Das Grün/Rot regierte Baden-Württemberg ist also bei der Unterbringung in Sammellagern Spitzenreiter. Pro Asyl fordert dagegen: "Asylsuchende und Geduldete müssen wie andere Gruppen in dieser Gesellschaft – nicht als Sondergruppe – im Fokus kommunaler Wohnungsplanungen stehen." *"Deshalb sollten in Ballungsräumen Sozialwohnungen neu gebaut werden, „sodass ein geschütztes Marktsegment für Flüchtlinge und andere sozial schwache Bevölkerungsgruppen geschaffen werden kann.“*

BERLIN: BLEIBERECHT, WOHNRAUM UND BLUMEN FÜR ALLE

Unter dem Motto „United Neighbours - Bleiberecht und Wohnraum für Alle; Gegen eine Stadt der Repression, der kapitalistischen Konkurrenz und des Rassismus – für eine Stadt der Menschlichkeit und Solidarität“ demonstrierten in Berlin Ende September zahlreiche Menschen für eine Stadt, die keine Leute ausschließt. Aufgerufen zur Demo hatte u.a. das Bündnis gegen Zwangsräumung. Dass es nicht nur um Wohnraum geht, bewies das Bündnis auch Mitte Oktober noch einmal: Diesmal gabs Protest gegen die Zwangsräumung von Ali Baba's Blumen, einem Blumengeschäft, das schon 22 Jahre besteht und nun wohl durch den Riesen EDEKA zwangsgeräumt wird.

[FR] KOD GEKIPPT, KEINE STADTPOLIZEI FÜR FREIBURG

Die Mehrheit des Gemeinderats hat den Kommunalen Ordnungsdienst gekippt. Die 18 Vollzeitstellen hätten rund 1 Millionen Euro pro Jahr gekostet. Hauptsächlich sollte der Ordnungsdienst auf dem Augustinerplatz eingesetzt werden. Auch ein Antrag auf verstärkte Sozialarbeit wurde abgelehnt. Im Falle des Erfolgs dieses Antrags hatte „Die Partei“ gefordert, den Fokus der sozialen Arbeit auf die AnwohnerInnen des Platzes zu richten.

[FR] ANGST VOR ABSCHIEBUNGEN IN FLÜCHTLINGSWOHNHEIMEN

Als Folge der sogenannten Sicherer-Herkunftsstaaten-Regelung, die der Bundesrat am 19. September verabschiedet hatte, herrscht nun unter den Freiburger Roma, selbst wenn die meisten unter ihnen erstmal nicht direkt von der Gesetzesänderung betroffen sein dürften, Angst vor Abschiebung. Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina gelten nun trotz massiver Diskriminierung von Roma als „sichere Herkunftsstaaten“, womit Asylanträge aus diesen Ländern noch schneller als bisher als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt werden. Verantwortlich für die weitere Aushöhlung des Asylrechts ist der Grüne Ministerpräsident Kretschmann: Seine Zustimmung war Zünglein an der Waage. Die Freiburger Grünen, allen voran Oberbürgermeister Dieter Salomon, verteidigten Kretschmanns Entscheidung, obwohl Salomon und der Freiburger Gemeinderat sich mehrfach gegen eine Abschiebung von Roma aus Freiburg positioniert hatten.

[FR] FÜNF MONATE FREIHEITSENTZUG DANK BZ UND POLIZEI

Nach sage und schreibe fünf Monaten wurde in Freiburg ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling aus der U-Haft entlassen. Er wurde freigesprochen. Es gab also keine hinreichenden Beweise für eine Täterschaft des jungen Mannes. Er ist somit Opfer des Ermittlungsdrucks, der durch die Berichterstattung der Badischen Zeitung entstanden ist und von der Polizei gerne aufgenommen wurde. Die BZ hatte über Wochen jeden kleineren Diebstahl groß aufgegriffen, den Stühlinger Kirchplatz trotz nicht steigender Zahl an Körperverletzungsdelikten zur No-Go-Area erklärt und die Taten einer Gruppe unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zugeschrieben. Weitere Folge der Stimmungsmache der Badischen Zeitung war ein racial profiling der Polizei, die nicht nur auf dem Stühlinger Kirchplatz für längere Zeit beinahe alle kontrollierte, deren Erscheinungsbild die Polizei mit dem nordafrikanischen Raum assoziierte.

BILD DES MONATS

